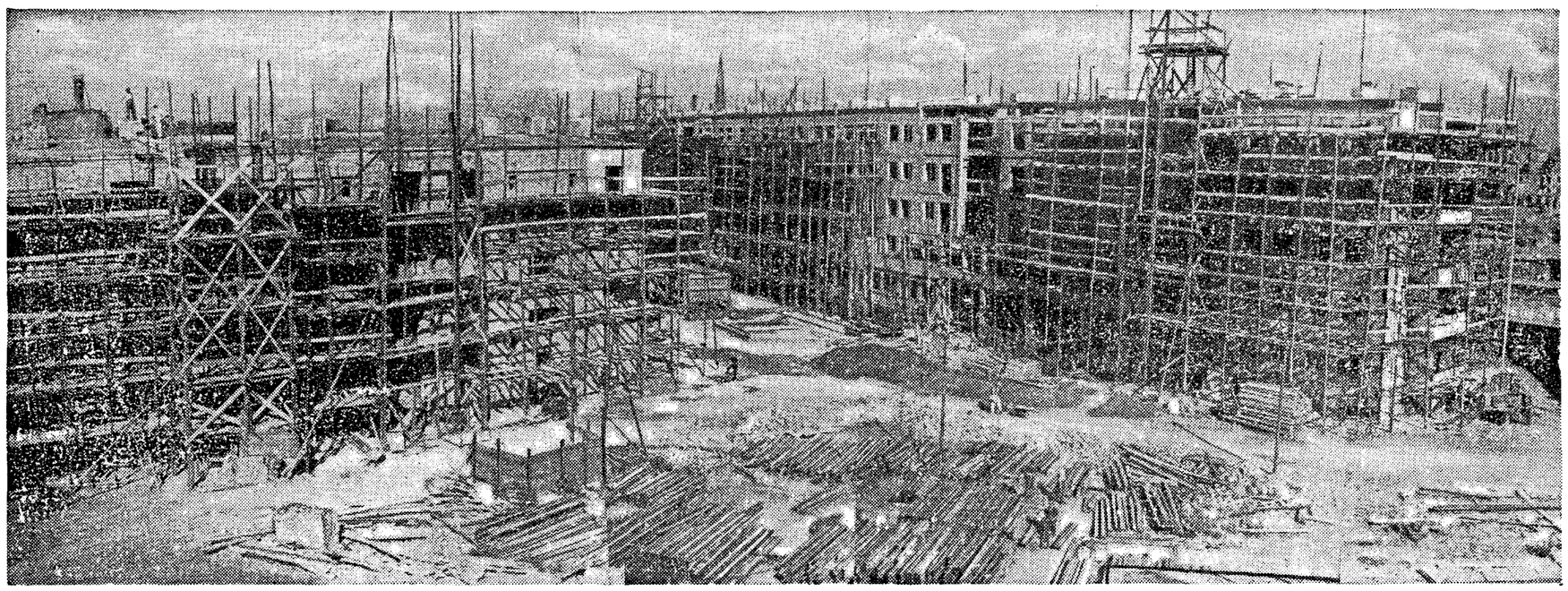
BERLINER AUSGABE · VORWÄRTS ·

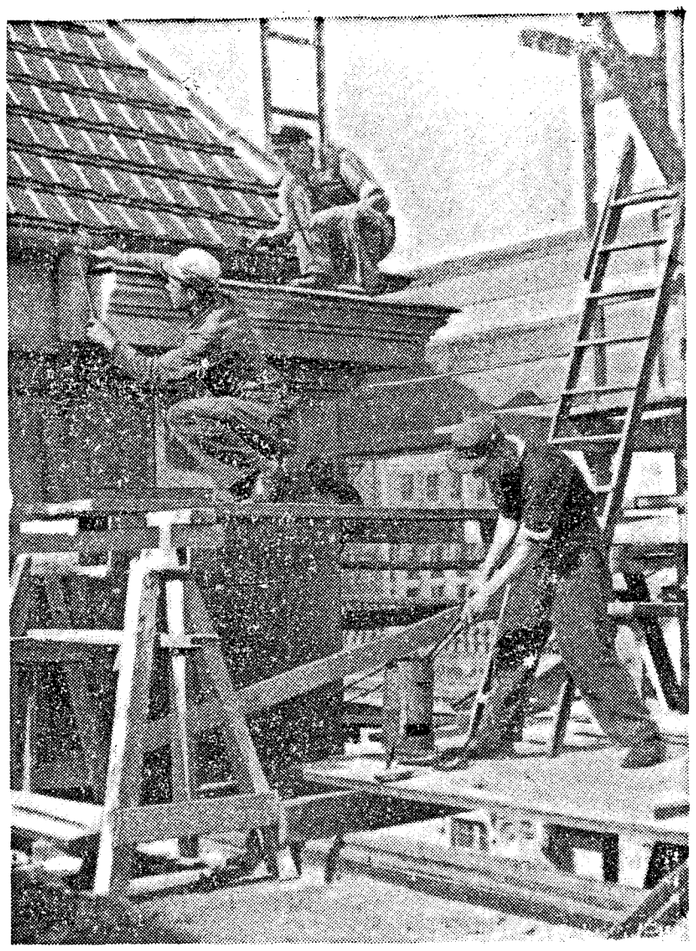
NEUES DEUTSCHLAND

ORGAN DES ZENTRALKOMITEES DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

5. (61.) Jahrgang / Nr. 224 — Berlin, Sonntag, 24. September 1950 — Einzelpreis 15 Pf.

Heute: Unsere Leser zum DEUTSCHEN GESPRÄCH





Die Einheit und Geschlossenheit unseres Volkes beim Neuaufbau wird sich auch bei den Volkswahlen am 15. Oktober erweisen!

Der Anteil Berlins am Neuaufbau zeigt sich u. a. an den umfangreichen Wohnungsneubauten an der Stalinallee (links). Die Dacharbeiten an der Staatsbibliothek stehen kurz vor dem Abschluß (rechts)

Fotos: Krieger-Neubauer, Illus

400 Kandidaten der Nationalen Front bestätigt

Alle Wahlausschüsse der Republik tagten / Morgen letzter Tag der Einsichtnahme in die Wählerlisten / „Tote Seelen" in Zittau

Berlin (Eig. Ber.). Der Wahlausschuß der Deutschen Demokratischen Republik trat am Sonnabend unter dem Vorsitz des Wahlleiters, Minister des Inneren Dr. Steinhoff, zu seiner ersten öffentlichen Sitzung zusammen, um gemäß Paragraph 30 des Wahlgesetzes die Entscheidung über die Zulassung des Wahlvorschlages für die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik zu treffen. Nach kurzer Aussprache wurde mit den Stimmen aller Ausschußmitglieder der Wahlvorschlag der Nationalen Front des demokratischen Deutschland für die Volkskammer zugelassen.

Der Wahlvorschlag der Nationalen Front umfaßt die Namen von 400 Kandidaten. Schon die erste Durchsicht ergibt, daß sich unter ihnen 91 Frauen befinden, 43 Kandidaten sind Aktivisten oder Aktivistinnen.

Auch die Landes-Wahlausschüsse in den fünf Ländern, die gestern in öffentlicher Sitzung gemäß Paragraph 14 des Wahlgesetzes über Wählbarkeit der Kandidaten entschieden, beschlossen die Zulassung der Wahlvorschläge der Nationalen Front für die Landtage. Am gleichen Tage traten die Wahlausschüsse in den Städten, Kreisen und Gemeinden zusammen, um die Vorschläge der Nationalen Front für die Wahlen zu den Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen zu prüfen und zuzulassen.

Am 25. September endet fast überall die Periode, in der die Wählerlisten zur öffentlichen Einsichtnahme offiziell ausgelegt sind. Obwohl im weitaus größten Teil aller Wahlbezirke die Mehrheit der wahlberechtigten Bevölkerung von der Möglichkeit der Einsichtnahme in die Wählerlisten Gebrauch gemacht hat, gibt es Gebiete, in denen dies in ungenügendem Maße der Fall ist. Infolge mangelnder Wachsamkeit konnte z. B. die gesamte Wahlkartei der Stadt Zittau von Saboteuren, wie dem inzwischen geflüchteten ehemaligen Oberbürgermeister Bender und dem Leiter des Wahl- und Listenamtes, Graupner, unbrauchbar gemacht werden. Rund 2000 „tote Seelen", d. h. Namen von Verstorbenen, Verzogenen usw., sind in dieser Kartei vorhanden. Frauen wurden als Männer geführt. Die Namen von neu hinzukommenden Wahlberechtigten fehlen. In vielen Fällen schreckten die Saboteure nicht vor direkten Fälschungen der Wahlkartei zurück. Durch Eingriff der Landesregierung und unter Sondereinsatz zahlreicher Behördenangestellten wird gegenwärtig daran gearbeitet, die amtlichen Wählerlisten fehlerfrei zu erstellen. Die Sabotage hätte jedoch verhindert werden können, wenn eine größere Zahl von Zittauer Wählern rechtzeitig die Wählerlisten eingesehen hätte.

Kampf um den Frieden – heilige Verpflichtung

Aufruf des Parteivorstandes der KPD an die westdeutsche Bevölkerung

Düsseldorf (ADN). „Schon einmal an einer geschichtlichen Wende für das deutsche Volk hat die Kommunistische Partei Deutschlands durch Ernst Thälmann das deutsche Volk gewarnt: Hitler — das ist der Krieg!", heißt es in einem Aufruf des Parteivorstandes der KPD an die westdeutsche Bevölkerung. „Es hat sich bitter gerächt, daß unser Volk auf diese Worte des großen deutschen Friedenskämpfers nicht gehört hat."

Wieder erheben wir warnend unsere Stimme: Die Kriegsgefahr, die Gefahr für das Leben unseres Volkes ist außerordentlich ernst. Mit den in New York beschlossenen Maßnahmen sollen die wirtschaftlichen und menschlichen Kraftquellen Westdeutschlands restlos in den Dienst der Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion, gegen die Volksdemokratien und gegen unsere Schwestern und Brüder im Osten unserer Heimat gestellt werden. Das ganze deutsche Volk will den Frieden. Es will leben und seiner friedlichen Arbeit nachgehen. Arbeiter, Bauern, Handwerker, Geistesschaffende, Gewerbetreibende, Kaufleute, unsere Frauen und unsere Jugend — keiner von ihnen will für die Profite des kleinen Häufleins der in- und ausländischen Kriegsgewinnler eines sinnlosen Todes sterben." Der Frieden müsse den Kriegstreibern in hartem und zähem Kampfe abgetrotzt werden. Kein einziger anständiger Deutscher *könne es vor seinem Gewissen und* seinen Kindern verantworten, in diesem Kampfe abseits zu stehen. In diesem Kampfe habe die Bevölkerung Westdeutschlands mächtige Bundesgenossen in der mehr als 800 Millionen Menschen zählenden Weltfriedensbewegung und in der Sowjetunion, die seit ihrem Bestehen kühn und unbeirrbar an der Spitze des Kampfes für den Frieden und für die Gleichberechtigung der Nationen steht. „Die Sowjetunion ist ein sozialistisches Land, ein Land, in dem es niemanden gibt, der an Rüstungen oder am Kriege verdienen *könnte, ein Land, dessen* grandiose Aufbaupläne nur im Frieden verwirklicht werden können. Weil die Völker der sozialistischen

(Fortsetzung auf Seite 2)

Dengin weist französischen Protest zurück

Frage des Postpaketverkehrs zwischen Berlin und den Westzonen klargestellt

Berlin (ADN). Der Vertreter der Sowjetischen Kontrollkommission in Berlin, S. A. Dengin, richtete am Sonnabend an den Kommandanten des französischen Sektors von Berlin, General Ganeval, ein Schreiben zur Frage des Postpaketverkehrs zwischen Berlin und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands, worin es heißt:

„Den Erhalt Ihres Schreibens vom 23. August 1950 bestätigend, halte ich es für notwendig, folgendes mitzuteilen:

Ihre Versuche, die Verletzungen der vom Koordinierungsausschuß am 29. April 1947 festgelegten Regeln des Postpaketverkehrs zwischen Berlin und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands zu rechtfertigen, sind nicht stichhaltig. Zur Einhaltung dieser Regeln verpflichten die in den Monaten Mai und Juni 1949 in New York und Paris getroffenen Abkommen der vier Mächte, die die bis zum 1. März 1948 gültige und durch den Beschluß des Koordinierungsausschusses festgelegte Ordnung im Postverkehr als in Kraft befindlich bestätigt haben.

Ich lenke erneut Ihre Aufmerksamkeit darauf, daß die Postpakete, die von Berlin nach den Westzonen Deutschlands und zurück gesandt werden, nicht nur das zulässige Gewicht übersteigen, sondern oft auch mit keinem der Begleitdokumente versehen sind, die den postalischen Charakter dieser Sendungen kennzeichnen. Eine derartige Lage der Dinge begünstigt zahlreiche Mißbräuche von Spekulanten, die gewöhnliche Handelsfracht in Gestalt von Postpaketen, für die die im Interzonenhandel üblichen besonderen Begleitdokumente erforderlich sind, befördern.

Auf Grund des Vorhergesagten lehne ich Ihren Protest als jeder Grundlage entbehrend ab und ersuche Sie, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, die in Zukunft die Verletzungen der in Kraft befindlichen Bestimmungen über den Postpaketverkehr zwischen Berlin und den westlichen Besatzungszonen unmöglich machen. Was jedoch Ihren Vorschlag bezüglich eines Zusammentreffens der Postsachverständigen angeht, so wird gegen die Möglichkeit einer solchen Zusammenkunft zur Beratung der praktischen Fragen, die in der Anwendung der bestehenden Bestimmungen über den Postpaketverkehr entstehen konnten, unsererseits kein Widerspruch erhoben.

Schreiben analogen Inhalts habe ich an die Generale Taylor und Bourne gerichtet."

Regierungsdelegation in Sofia

Herzliche Begrüßung durch Regierung und Bevölkerung Bulgariens

Sofia (ADN). Die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik unter Führung des Stellvertreters des Ministerpräsidenten Walter Ulbricht traf am Sonnabendvormittag, aus Bukarest kommend, in der bulgarischen Hauptstadt Sofia ein.

Zur Begrüßung hatten sich auf dem Flugplatz der Ministerpräsident und Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Bulgariens, Tscherwenkoff, Außenminister Neitscheff, Mitglieder der Regierung und des Politbüros der Kommunistischen Partei Bulgariens, Mitglieder des Diplomatischen Korps, unter ihnen der sowjetische Botschafter Bodrow, und die Leiterin der Diplomatischen Mission der Deutschen Demokratischen Republik, Frau Änne Kundermann, sowie Vertreter der Massenorganisationen eingefunden.

Nach Abschreiten der Ehrenkompanie führte der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Walter Ulbricht, in seiner Ansprache aus, daß auf Einladung der Regierung der Volksrepublik Bulgarien zum erstenmal eine Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik auf bulgarischem Boden weilt, in dem Heimatland Georgi Dimitroffs, des Helden von Leipzig und engsten Mitarbeiters und Freundes des großen Stalin, um die Freundschaft zwischen den beiden demokratischen Republiken zu festigen und zu vertiefen.

Im Anschluß an den Empfang auf dem Flugplatz legte die Delegation Kränze am Mausoleum Dimitroffs, am Grabe Kolaroffs und am Ehrenmal der Kämpfer gegen den Faschismus nieder.

Die vom Flugplatz zum Sitz des Ministerpräsidenten führenden Straßen waren mit unzähligen Flaggen der Sowjetunion, der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien geschmückt und von zehntausenden Menschen umsäumt. Die Delegation wurde mit Blumen überschüttet und mit ununterbrochenen Hochrufen auf die Deutsche Demokratische Republik und auf den Präsidenten Wilhelm Pieck begrüßt.

Treuhänder der deutschen Zukunft

In sachlicher und würdiger Form, die ihrer Verantwortung für das Schicksal ganz Deutschlands entspricht, hat die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu den folgenschweren Beschlüssen Stellung genommen, die in New York von den Außenministern der Westmächte hinsichtlich Westdeutschlands ohne jede Mitwirkung des deutschen Volkes und im denkbar schärfsten Widerspruch zu seinen nationalen Interessen gefaßt worden sind.

Die New Yorker Beschlüsse mißachten den völkerrechtlichen Anspruch des deutschen Volkes auf Abschluß eines Friedensvertrages, Abzug der Besatzungstruppen, Erfüllung des Potsdamer Abkommens und auf Wiederherstellung der durch das Potsdamer Abkommen garantierten Einheit Deutschlands. Statt dessen kündigen sie eine Verstärkung der anglo-amerikanischen Truppen auf deutschem Boden, die Eingliederung Westdeutschlands und Westberlins in den Atlantikpakt-Kriegsblock, den Mißbrauch der westdeutschen Industrie für Rüstungszwecke des Atlantikpakt-Kriegsblocks und den Mißbrauch deutscher Männer als Kern einer westeuropäischen Söldnerarmee der Amerikaner an. Gegen diese offenkundige und ernste Bedrohung der nationalen Existenz des deutschen Volkes und des Weltfriedens von deutschem Boden aus ruft die Regierung der Republik das deutsche Volk, insbesondere die Bevölkerung Westdeutschlands zum nationalen Widerstand gegen Remilitarisierung und Aggression auf.

Erst die Eingliederung Westdeutschlands in den Atlantikpakt-Kriegsblock könnte den amerikanischen Plänen für die Führung eines Präventivkrieges eine reale Basis geben. Wenn aber die Frauen Westdeutschlands ihre Männer und Söhne nicht in amerikanische Söldneruniformen stecken lassen, wenn in den westdeutschen Hütten kein Stahl für Bomben und Granaten gegossen wird, mit deren Hilfe die Wall Street ihren Machtbereich auf die ganze Welt ausdehnen will, wenn die Jugend Westdeutschlands ablehnt, unter dem Kommando eines USA-Generals und unter den Klängen des Yankee Doodle in ein Massengrab zwischen Nordsee und Alpen zu marschieren, und wenn die ganze westdeutsche Bevölkerung sich weigert, ihre Städte und Täler einmal mehr in Schlachtfelder verwandeln zu lassen, dann wird der amerikanische Krieg nicht stattfinden können.

Mit ihrem Appell zum nationalen Widerstand gegen den von der USA-Regierung geplanten Mißbrauch Westdeutschlands hat sich die Regierung der Republik zum Treuhänder der deutschen Zukunft gemacht. „Ein Krieg wäre das Ende unseres Volkes", mahnt die Regierung. Nur wer das perverse Gelüst verspürt, unsere deutsche Heimat einen Schutthaufen werden zu lassen, kann den Ernst dieser Mahnung unterschätzen oder überhören.

Vor 175 Jahren erhoben sich die Farmer der englischen Kolonie New England gegen die Truppen Georgs III., die nach allen Regeln der damaligen Kriegskunst trainiert und ausgerüstet waren. Die amerikanischen Rebellen hatten wenig mehr als ihren glühenden Willen, eine koloniale Herrschaft zu beseitigen und ihre nationale Unabhängigkeit zu erobern. Die amerikanischen Rebellen von 1775 haben eine Kolonialherrschaft bekämpft und besiegt. Die Herren Truman, Acheson, Marshall, Bradley und MacArthur wollen eine Kolonialherrschaft errichten. Aber sie haben die Lehren der Geschichte ihres eigenen Landes gründlich vergessen. Das deutsche Volk wird ihnen diese Lehre in Erinnerung bringen: der Wille zur nationalen Selbstbehauptung ist stärker als die Macht von Kolonialherren!

R. Kr.

Kampfbündnis französischer und deutscher Lehrer

Berlin (ADN). Anläßlich der 5. Internationalen Lehrerkonferenz in Wien schlossen die Vertreter der französischen Lehrergewerkschaft im Allgemeinen Französischen Gewerkschaftsbund und die Vertreter der Gewerkschaft Lehrer und Erzieher im FDGB ein Kampfbündnis ab. In Ergänzung des deutsch-französischen Gewerkschaftsabkommens gegen den Schuman-Plan und gegen den Krieg verpflichten sich die Lehrer beider Länder, den Kampf für den Frieden, besonders in den Schulen, zu aktivieren und sich im Unterricht einer wahrheitsgetreuen Tatsachenübermittlung zu befleißigen.

Die Kandidaten des deutschen Volkes

Wahlvorschlag der Nationalen Front des demokratischen Deutschland für die Volkskammer

Berlin (Eig. Ber.). Der Wahlausschuß der Deutschen Demokratischen Republik hat in seiner Sitzung am Sonnabend folgenden Wahlvorschlag der Nationalen Front des demokratischen Deutschland für die Volkskammer zugelassen:

Spitzenkandidaten für das Land Brandenburg

1. Rau, Heinrich, Minister für Planung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin-Treptow,
2. Gerigk, Hermann, Bürgermeister, Potsdam,
3. von Koerber, Ingo, Minister der Finanzen in der Landesregierung, Babelsberg,
4. Dallmann, Siegfried, Hauptabteilungsleiter der NDPD, Berlin-Adlershof,
5. Albrecht, Rudolf, Staatssekretär, Brieselang, Kr. Osthavelland,
6. Schütz, Gustav, Aktivist, Vorarbeiter, Brandenburg,
7. Heidenreich, Gerhard, Sekretär des Zentralrates der FDJ, Berlin-Treptow,
8. Finsterbusch, Charlotte, Verladerin im Bergbau, Aktivistin, Hörlitz bei Senftenberg,
9. Meyer, Julius, Präsident der jüdischen Gemeinde in der Deutschen Demokratischen Republik, Kleinmachnow,
10. Nagel, Prof., Otto, Vorsitzender des Verbandes Bildender Künstler, Potsdam-Rehbrücke,
11. Vieweg, Kurt, Generalsekretär der VdgB, Berlin-Treptow,
12. Beuer, Otto, Vorsitzender des Vorstandes des Konsumverbandes Brandenburg, Wilhelmshorst,

Kandidaten für das Land Brandenburg

13. Bergemann, Fritz, Mechaniker VEB Askania, Stahnsdorf,
14. Bertram, Hans, Bürgermeister, Cottbus,
15. Brauer, Fritz, landwirtschaftlicher Berater in der VdgB, Kleinmachnow,
16. Ebert, Friedrich, Oberbürgermeister von Berlin, Berlin-Pankow,
17. Fischer, Rosel, Lehrerin, Gransee,
18. Flatau, Hans-Joachim, Hauptabteilungsleiter, Potsdam,
19. Fremde, Robert, Parteisekretär im Stahl- und Walzwerk Brandenburg, Brandenburg (Havel),
20. Ganter-Gilmans, Hans-Paul, Staatssekretär, Potsdam,
21. Hahn, Franz, Bahnhofsvorsteher, Cottbus,
22. Heinze, Dr. Hildegard, Hauptabteilungsleiterin im Ministerium der Justiz der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin-Wilhelmshagen,
23. Herrmann, Käthe, Landfrauenreferentin VdgB, Prenzlau,
24. Heßler, Waltraut, Lehrerin, Lübben,
25. Jahn, Rudi, Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Potsdam,
26. Kaiser, Willi, Lokführer Bw Wittenberge, Aktivist, Wittenberge,
27. Kielblock, Martin, Fabrikant, Neuendorf, Kreis Cottbus,
28. Köhler, Liselotte, Traktoristin, Eltzeschdorf,
29. Koltzenburg, Dr. Oswald, Oberlandesgerichtsrat, Potsdam-Nedlitz,
30. Konieczny, Aribert, Revisor, Gusow/Ostbahn,
31. Korn, Vilmos, Referent im Kulturellen Beirat für das Verlagswesen, Kleinmachnow,
32. Korrmann, Otto, Neubauer, Karlshof, Kreis Oberbarnim,
33. Kröger, Prof. Herbert, Dekan an der Deutschen Verwaltungsakademie „Walter Ulbricht", Forstzinna,
34. Kuba (Kurt Bartel), Schriftsteller, Berlin-Hohenneuendorf,
35. Kunzke, Johann, Weber in dem VEB Gubener Wolle, Guben,
36. Lange, Helene, Brigadeinstrukteurin, Premnitz,
37. Langenberg, Hermann, Tischler im KWU-Bauamt Perleberg, Perleberg,
38. Lechtenberg, Heinrich, Kreisrat, Lautawerk,
39. Liebig, Edith, Neubäuerin, Linde, Kreis Ruppin,
40. List, Marianne-Göta-Franziska, Sekretärin, Lübben,
41. Lück, Gertrud, Arbeiterin im Walzwerk Kirchmöser, Kirchmöser,
42. Maaß, Emma, Neubäuerin, Dedelow, Kreis Prenzlau,
43. Makeprange, Ernst, Neubauer, Busendorf,
44. Malter, Friedel, Mitglied des Bundesvorstandes des FDGB, Berlin N 113,
45. Maurer, Adolf, Stadtrat, Eberswalde,
46. Müller, Hans, Keramiker, Perleberg,
47. Roch, Paul, Neubauer, Kaltenborn, Kreis Luckenwalde,
48. Rose, Berthold, Hauptabteilungsleiter, Berlin-Pankow,
49. Roske, Walter, Lokomotivführer Bw Cottbus, Cottbus,
50. Rumpf, Willi, Staatssekretär, Berlin-Niederschönhausen,
51. Sägebrecht, Willi, Parteisekretär, Potsdam-Rehbrücke,
52. Schilling, Rosa, Neubäuerin, Rehfelde,
53. Schmidt, Richard, Betriebsassistent, Hennigsdorf,
54. Schulz, Otto, Hutmacher, Reichenbach,
55. Sarter, Hildegard, Direktor einer Volkshochschule, Lübbenau,
56. Siebenpfeiffer, Carl, Landrat, Kleinmachnow,
57. Steffen, Erwin, Generalsekretär, Potsdam,
58. Stemmler, Antonie, Verwaltungsangestellte, Potsdam,
59. Striemann, Franz, Tuchmacher, Aktivist, Cottbus,
60. Uhse, Bodo, Vorsitzender des Deutschen Schriftstellerverbandes, Großglienicke,
61. Weintraud, Ilse, Intendantin des Landestheaters Brandenburg, Potsdam,
62. Wendt, Erich, Direktor des Aufbauverlages, Berlin-Johannisthal,
63. Winkler, Erich, Dozent, Senftenberg (N.-L.),